

A. Gesetzesinfos

1. Privacy-Shield

Die EU-Staaten haben mehrheitlich dem neuen Privacy-Shield zugestimmt. Damit gibt es wieder eine Basis für Datenübermittlungen in die U.S.A. (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-US-Datentransfer-EU-Mitgliedstaaten-stimmen-Privacy-Shield-zu-3262434.html>). Die Datenschutzvereinbarung ist vielfach auf Kritik gestoßen (exemplarisch dazu der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Schaar:

<http://www.welt.de/newsticker/news2/article157104971/Schaar-kritisiert-Datenschutzvereinbarung-Privacy-Shield-zwischen-EU-und-USA.html>).

2. AGB/AVB nur noch in Textform

Das „Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von Verbraucher schützenden Vorschriften des Datenschutzrechts“ bewirkt ab 01.09.2016, dass AGB/AVB von Gesundheitseinrichtungen nur noch in Textform, nicht mehr in Schriftform den Patienten/Klienten zugänglich gemacht werden müssen (http://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/Verkuendung_BGBL_zivilrechtliche_Durchsetzung_Datenschutz.pdf;jsessionid=21729991E60557CB070C2FE48205A6AB.1_cid289?__blob=publicationFile&v=1).

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. US-Regierung hat keinen Herausgabeanspruch auf Server in Drittländern

Der US Court of Appeals for the 2nd Circuit in New York hat in seiner Entscheidung vom 14.07.2016 (Az.: 14-2985) deutlich gemacht, dass U.S.-Gerichte sich auf keine gesetzliche Ermächtigung stützen können eine Herausgabe von Daten anzuordnen, die auf Servern in Drittländern liegen (https://consumermediallc.files.wordpress.com/2016/07/14-2985_complete_opn.pdf).

2. Lebensverlängernde Maßnahmen müssen genau beschrieben sein

Der BGH hat mit Beschluss vom 06.07.2016, Az.: XII ZB 61/16 verdeutlicht, dass der Abbruch lebensverlängernder Maßnahmen durch Vorsorgebevollmächtigte, die sich auf einen, in einer Patientenverfügung formulierten Willen des Patienten stützen, hinreichend bestimmt sein muss und nicht allgemein gehalten sein darf.

3. Betriebsrat und Telekommunikation

Der Betriebsrat hat grundsätzlich keinen Anspruch auf unabhängige Telekommunikationszugänge (Internet + Telefon), so das BAG mit Beschluss vom 20.04.2016, Az.: 7 ABR 50/14.

4. Untersuchungsobliegenheit von privat Versicherten

Privat Krankenversicherte sind nach Aufforderung durch die Versicherte zu ärztlichen Untersuchungen verpflichtet. Die Erhebung von Gesundheitsdaten verstößt dabei nicht gegen Datenschutzvorschriften, so der BGH mit Urteil vom 13.07.2016, Az.: IV ZR 292/14.

5. Chefarzt-OP nur durch Chefarzt

Eine Vereinbarung wonach ein Chefarzt eine OP-Leistung zu erbringen hat, hat nicht so umgedeutet werden, dass auch ein sonstiger Arzt diese Leistung erbringt, so der BGH mit Urteil vom 19.07.2016, Az.: VI ZR 75/15.

6. Keine Einwilligung in Bild-Veröffentlichung durch Veranstaltungsteilnahme

Die Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung darf nicht als konkludente Einwilligung in eine Veröffentlichung verstanden werden, indem Bildausschnitte einzelner Personen gezeigt werden, so das OLG Frankfurt/M mit Urteil vom 21.04.2016, Az.: 16 U 251/15.

7. Online-Veröffentlichung von Kinder-Fotos

Ein mitsorgeberechtigter, geschiedener Elternteil hat keinen Unterlassungsanspruch gegen den anderen Elternteil, wenn dieser Fotos der gemeinsamen Kinder online stellt, so das OLG Karlsruhe mit Beschluss vom 08.07.2016, Az.: 18 WF 183/15.

8. Einwilligung zu Werbezwecken muss konkreten Zweck benennen

Das LG Berlin hat mit Urteil vom 14.06.2016, Az.: 16 O 446/15 gegenüber einer Krankenkasse verdeutlicht, dass der konkrete Zweck der beabsichtigten Datenverarbeitung dem Betroffenen im Rahmen der Einwilligung transparent gemacht werden muss. Der pauschale Hinweis, über die eigenen Leistungen informieren zu wollen, ist nicht ausreichend.

9. Arbeitgeber haftet nicht für illegales Filesharing am Arbeitsplatz

Das AG Charlottenburg hat mit Urteil vom 08.06.2016, Az.: 231 C 65/16 der Haftung eines Arbeitgebers für illegales Filesharing eines Mitarbeiters am Arbeitsplatz eine Absage erteilt.

10. Kündigungsschutz auch für stellvertretenden Datenschutzbeauftragten

Das ArbG Hamburg hat auch für einen stellvertretenden Datenschutzbeauftragten den besonderen Kündigungsschutz unterstrichen, (Urt. v. 13.04.2016, Az.: 27 Ca 486/15). Dabei gelten die gleichen Grundsätze wie bei einem Ersatzmitglied des Betriebsrates. Die Entscheidung greift auch unabhängig davon, ob ein stellvertretender Datenschutzbeauftragter überhaupt zu bestellen ist.

C. EU-Datenschutzgrundverordnung

1. EU-Datenschutzgrundverordnung

Wer sich für die Details der EU-DSGVO interessiert, der sei auf eine Podcast-Sammlung der Uni Münster aufmerksam gemacht (<http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/kategorie/podcasts/podcast-eu-dsgvo>).

2. Arbeiten mit der EU-Datenschutzgrundverordnung

Die Webseite <http://dsgvo-gesetz.de/> kann das Arbeiten mit der EU-DSGVO erleichtern.

3. Broschüre zur Datenschutzgrundverordnung

Wer sich schnell und stichpunktartig über die Neuerungen der EU-DSGVO informieren möchte, findet hier ein Dokument: http://www.awv-net.de/upload/online-dokumente/04651_Broschre_zur_DSGVO.pdf

4. EU-DSGVO und Gesundheitsdatenschutz

Unter dem nachfolgenden Link findet sich ein Positionspapier der GDMS und GDD zu den ergänzenden datenschutzrechtlichen Anforderungen an den nationalen Gesetzgebern, insbesondere Auftragsdatenverarbeitung, Datenschutzbeauftragter, Datenweitergabe, Forschung etc.:

<https://www.gesundheitsdatenschutz.org/lib/exe/fetch.php/positionspapier.pdf>

5. Kurzinformation zum Privacy Shield

Die Europäische Kommission informiert in einem Leitfaden Betroffene über die Kernpunkte des Privacy Shield, also über die Zulässigkeit der Datenübermittlung in sogenannte unsichere Drittstaaten, wie z. B. die U.S.A.: http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/citizens-guide_en.pdf

6. Whitepaper zu den Drittlandtransfers in der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Der GDD-Arbeitskreis „Datenschutz International“ hat ein Whitepaper zu den Datenschutztransfers in der EU-Datenschutzgrundverordnung veröffentlicht

(https://www.gdd.de/downloads/aktuelles/whitepaper/gdd-whitepaper_drittlandtransfers_dsgvo_v0).

7. Nationale Öffnungsklauseln

Mit dem Titel „Die Datenschutz-Grundverordnung und das nationale recht – Erste Überlegungen zum innerstaatlichen Regelungsbedarf“ werden auf über 500 Seiten Überlegungen zum Thema angestellt

(http://www.foev-speyer.de/files/de/downloads/Kuehling_Martini_et_al_Die_DSGVO_und_das_nationale_Recht_2016.pdf).

8. Verarbeitungstätigkeitenverzeichnis löst Verfahrensverzeichnisse ab

Die GDMS hat ein Handout zum neuen Verarbeitungstätigkeitenverzeichnis nach der EU-DSGVO veröffentlicht. Statt der bisher zu erstellenden Verfahrensverzeichnissen wird dies ab Mai 2018 die neue datenschutzrechtliche Dokumentationsvorgabe sein

(https://gesundheitsdatenschutz.org/doku.php/arbeitshilfe_ds-gvo_2016).

9. Anforderungen an Einwilligungen nach der EU-DSGVO

Die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie e. V. (GMDS) und die Arbeitsgruppe „Datenschutz und IT-Sicherheit im Gesundheitswesen“ (DIG) haben ein Papier veröffentlicht, das die Anforderungen an Einwilligungserklärungen nach der EU-DSGVO ausleuchtet

(https://gesundheitsdatenschutz.org/doku.php/arbeitshilfe_ds-gvo_2016).

D. Sonstiges

1. Brexit und das Datenschutzrecht

Wer sich dafür interessiert, wie sich der BREXIT auf das europäische Datenschutzrecht auswirkt, findet mehr in diesem Blog: <http://www.hiig.de/der-brexit-und-das-datenschutzrecht/>

2. Windows 10 in der Kritik französischer Datenschützer

Die französische Datenschutzbehörde CNIL hat Kritik an der Datensammlung von Windows 10 geäußert und eine Frist gesetzt, alle Kritikpunkte abzustellen (<http://www.golem.de/news/microsoft-frankreichs-datenschuetzer-kritisieren-windows-10-1607-122263.html>).

3. VoIP und Datenschutz

Die International Working Group on Data Protection in Telecommunications Secretariat hat ein Arbeitspapier „Aktualisierung zu Datenschutz und Datensicherheit“ veröffentlicht (<https://datenschutz-berlin.de/content/europa-international/international-working-group-on-data-protection-in-telecommunications-iwgdpt/working-papers-and-common-positions-adopted-by-the-working-group>).

4. Social Media Leitlinie

Der Präsidiumsarbeitskreis „Datenschutz und IT-Sicherheit“ der GI hat eine „Social Media Leitlinie 2“ veröffentlicht (https://www.gi.de/fileadmin/redaktion/Download/Social_Media_Leitlinie2016.pdf).

5. Datenschutz im Krankenhaus – eine Broschüre

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz hat eine Broschüre „Datenschutz im Krankenhaus“ ins Netz gestellt (https://www.datenschutz-bayern.de/0/Broschuere_Krankenhaus.pdf).

6. FAQ zu Ransomware

Unter der Adresse <https://www.hhs.gov/sites/default/files/RansomwareFactSheet.pdf> findet sich ein FAQ zu Ransomware und HIPAA (Health Insurance Portability and Accountability Act).

7. WLAN-Haftung auch nach Gesetzesänderung nicht eindeutig geklärt

Die Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwaltsverein (davit) warnt auch nach Gesetzesänderung davor, dass ein ungesichertes WLAN-Netz und/oder die fehlende Nachweisbarkeit potentieller Nutzer nicht ausdrücklich vor Unterlassungsansprüchen geschützt sind, so heise.de (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Anwaltverein-Rechtsslage-bei-WLAN-Haftung-weiter-unklar-3306133.html>).

8. Datenschutz und Jobcenter

Der bayrische Landessbeauftragte für den Datenschutz hat in einer Pressemitteilung vom 15.07.2016 den nicht datenschutzkonformen Umgang mit Gesundheitsdaten in den kommunalen Jobcentern gerügt (<https://ddrm.de/datenschutz-bei-krankheitsdaten-in-bayrischen-kommunalen-jobcentern-mangelhaft/>).

9. Lustig: VPN verboten

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben offensichtlich ein Gesetz verabschiedet, das die Nutzung von VPN- und Proxy-Verbindungen unter Strafanordnung verbietet (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vereinigte-Arabische-Emirate-Gesetz-gegen-VPN-und-Proxy-Verbindungen-3281686.html>).

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon